

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1000 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.,
(Wolfsbau) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaarte Kleinzeile 1200 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einbindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30/31

Sonnabend, den 4. August 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Tausende Notizen unter: „Gesperret“, „Streik“, „Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrenotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperret:

In Fürstenstein die Firma Deplak u. Co. In Viegitz die beiden Firmen Born und Wagner. In Raumnitzach Betrieb Rech.

Streik:

In Elmshorn (Holstein). In Weicha (Firma Hartwig). In Demitz-Thumitz (Klempfasterfächler bei Firma Kunath).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Baumholder und Saargemünd, von Gollnow und Umgebung, von Raumnitzach.

Erlebte Bewegungen.

Magdeburg. Der Streik im Marmorbetrieb Gebr. Koflinger wurde am 20. Juli beendet.

Kritische Situation.

Ein Ei kostete am 28. Juli über 8500 Mk., ein Pfund Kartoffeln 7 bis 9000 Mk., eine Straßenbahnfahrt 7000 Mk., ein Pfund Margarine 120 000 Mk. Der Dollar stand über 700 000 Mk., 25,5 Billionen Papiermark waren am 26. Juli im Umlauf. Ein Tausendmarktschein hat 1 Pfg. Friedenswert usw. Dieser Zustand empört, macht alle grüßig, grantig und wütend. Jeder sagt: „So geht es nicht mehr weiter!“ Am schrecklichsten trifft die furchtbare Geldentwertung die Witwen und Waisen, die Rentempfänger, die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter und die Arbeitenden, deren Löhne nicht mithalten, wie wir es zum Beispiel in einigen Steinbruchgebieten, besonders in Süddeutschland, erleben. Kein Wunder, wenn an einzelnen Orten die Verzweiflung durchbricht, denn gegen Hunger haben Worte noch nie geholfen, und wenn trotz der kritischen Lage die Volksmasse im Großen und Ganzen die Vernunft behält, dann ist es sicherlich der Disziplin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zum großen Teil zu danken. Doch hat auch deren Gehalt eine Grenze, die kaum durchbrochen wird, wenn die maßgebenden Regierungskreise die Situation so weiter schreiten lassen wie bisher. Nun fehlt es in dieser gewitterchwangeren Situation nicht an der nötigen Hege von rechts und links; alle finden sie kräftige Töne, aber keiner kann mit solchen praktischen Vorschlägen kommen, die momentan aus dem Wirrwarr herausführen und die den darbenenden Volksgenossen wirklich helfen können. Der Bürgerkrieg ist das A und O dieser Schreier von rechts und links. Die erfinderischen Vorschläge, die an dem Leben nicht nur so sicher, wie die Nacht dem Tage folgt, und die ihn kommen sehen, wünschen es vielleicht, sie richten sich auf ihre Art zur Abwehr ein. Doch was nützt das, was überlassen alle die Schläwen und Propheten der dunklen Entwidlung. Dieses ganze Geschrei vom Bürgerkrieg, das wir schon seit Wochen hören, ist einfach verbrecherisch! Es verschärft die kritische wirtschaftliche Situation außerordentlich und ist geeignet, auch die Vernünftigen noch nervös zu machen. Ein solcher Kampf aller gegen alle fehlt gerade noch in der augenblicklichen Lage. Ein solcher Kampf würde sicher den einzigen Weg verengen, der uns als Volk aus der Sackgasse führen kann. Dieser Weg ist die Regelung der Ruhr- und Reparationsfrage — das Grundübel des heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustands in Deutschland.

Diese Regelung kann anstehend nicht leben und nicht sterben und es ist zweifellos zum Erbdehnen, mit welcher Umständlichkeit die benannten Mütterchen das deutsche Problem hin- und herzerren. Sie können trotz aller Konferenzen und Beratungen unter sich nicht handelseinig werden, wie das deutsche Volk am besten gegerbt und wie es dann eventuell für den einen oder andern Mütterchen zum Bedenken seiner Blüten in Frage kommt. Auf jeden, auch den leisesten Rud, aber auch auf jedes Geplüster jenseits der Westgrenzen über die Beschaffenheit des deutschen Geldes und seiner Teilung, reagieren prompt wie Schaumfänger die ausländischen Börsenmacher. Diese ruinieren, ob absichtlich oder nicht, durch die immer größere Entwertung deutscher Zahlungsmittel unsere Wirtschaft und verurteilen Millionen unserer Volksgenossen zu einem unerbittlichen Elendsdasein. Die inländischen Börsenmacher müssen wohl oder übel so tanzen, wie die ausländischen ihnen vorspielen; es soll nicht weniger unter den inländischen geben, die es sogar recht gern tun und die es kaum erwarten können, wenn von drüben per Draht die neueste Devisenstands-Melodie herüberläutet. Die Reichsbank will und wollte schon früher dazu den nötigen Takt schlagen, sie hat aber bisher immer das Tempo verpaßt und soll dadurch nun die schwere Schuld auf sich geladen haben, daß die Warenknappheit der Lebensmittel trotz der unerschwänglichen Preise, in einigen Großstädten solche beängstigende Formen angenommen hat und anderes mehr. Ganz besonders Eingeweihte sagen mit Kennerschaft: „Das ist der Zusammenhang mit der Weltwirtschaft!“

Deutschlands Wirtschaftsleben, einschließlich der kimmerlichen Lebenshaltung seiner Millionen von Arbeitsträften, hängt tatsächlich wie an einem dünnen Faden über ein Nichts, und ein ganz bestimmter Teil, wenigstens der politisch und wirtschaftlich maßgebendste der übrigen Weltbewohner glückt teilnahmslos oder auch schadenfroh auf den immer schwächer werdenden Faden, ob er nicht bald reißt und dann Deutschlands Wirtschaft in das Nichts, in das Chaos hinabsinkt. Aufgehalten kann dieser Sturz nur werden, wenn recht bald in der Ruhr- und Reparationsfrage eine für Deutschland ertägliche Verständigung erfolgt. Noch haben die Diplomaten und die „großen“ Weltpolitiker vom Schläge Poincaré das Wort. Wir müssen, so unerträglich und unmöglich es manchmal von uns blinzt, warten und wieder warten, auch dann noch warten, wenn ein großer Teil des deutschen Volkes schließlich nicht mit Unrecht sagt: „Der Teufel hole das diplomatische Gaukelspiel und die vielen, vielen überflüssigen Worte, mit denen Deutschlands Schicksalsfrage hin- und hergedreht wird.“ Andre wieder möchten wie im Privatleben ihrem Temperament die Zügel schießen lassen, mit der Faust auf den Tisch schlagen und energisch sagen: „Nun ist's genug!“ So verständlich diese Aussprüche uns auch schließlich sind, in der gegenwärtigen Situation können sie für die deutsche Politik nicht wegweisend sein. Denn Deutschland ist infolge des Kriegsausgangs nicht Subjekt, sondern Objekt der Weltpolitik geworden.

Da nicht alles Aufwachen nichts, wir müssen stillhalten und müssen hinnehmen, was die sogenannte Entente in „holder Eintracht“ für gut befindet. Wir sagen ausdrücklich: „Wir müssen es hinnehmen“, denn dem deutschen Volke fehlt die Kraft und die Macht zur Abwehr, es fehlt ihm aber auch ein einheitlicher, zielklarer Wille, um die Behandlung als Objekt der Weltgeschichte besser und würdiger zu ertragen. In diesem fehlenden Willen liegt des Pudels Kern von dem wirtschaftlichen Wirrwarr, der augenblicklich in Deutschland selbst herrscht. Denn die Ruhr- und Reparationsfrage ist der außenpolitische Druck, er kann aber nur ertragen werden, wenn im Innern etwas Einheitsliches vorhanden ist, eine feste, den Verhältnissen angepaßte Innenpolitik. Hier hat trotz allem Drängen das Kabinett Cuno verjagt. Der langsame Mord unserer Wirtschaft, wie er durch die Maßnahmen und Nichtmaßnahmen der Entente vor unsern Augen sich vollzieht und deren Folgen für jeden Einsichtigen klar zutage liegen, müßte dem deutschen Volk von oben bis unten seine Solidarität wie mit glühendem Eisen einhämmern, müßte es dazu erziehen in allen Bevölkerungsschichten den furchtbaren Druck, die Not, das Elend und alle Entbehrungen gemeinsam zu tragen. Gemeinsam unter Hintanhaltung aller Sonder-Bereicherungsinteressen; damit den wirklich Notleidenden die Verzweiflung nicht die Vernunft raubt. Denn bei den sich überfüllenden Teuerungszuständen geht mindestens drei Viertel der Bevölkerung der Atem aus. Wir sehen nichts von dem einheitlichen Willen: Gemeinsam zu tragen und gemeinsam zu helfen. Im Gegenteil: Bürgerkrieg-Geschrei, Spekulation, Bereicherungslust, Bergnügungstaumel, dazu eine Reichsregierung ohne Energie.

Noch ist das Steuer herumzuwerfen und es ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung mit den politischen, schnellstens Sorge zu tragen, daß ein anderer Kurs in Deutschland geklärt wird und wenn es nicht anders geht, dann darf schließlich darauf nicht zurückgeschaut werden, daß Leute von unserm eignen Fleisch und Blut sich auf die Kommandoohre und an das Steuer rad begeben. Der fehlende klare und feste Wille muß dann erzwungen werden! Nicht durch Bürgerkrieg, sondern getragen von der Ueberzeugung der arbeitenden Bevölkerung, daß solche kritische Situationen, in die uns der Machtmittel militärisch mächtiger Gegner und kurzfristige eigne Maßnahmen im Lande hineingetrieben haben, nur überstanden werden können, wenn die sogenannten unteren Massen des Volkes nicht von Hinten und Runz ausgepowert werden.

Die Steinarbeiter, davon sind wir überzeugt, werden in ihren Kreisen dahin wirken, daß die Verzweiflung nicht überhand nimmt und ferner die unverantwortliche Hege von rechts und links keine Mißläufer findet. In kritischen Situationen alles kurz und klein schlagen, bringt keine Lösung, bedeutet nur Selbstauflösung. Blinde Wut hat noch immer geknallt und besto mehr, je mächtiger die Widerstände waren. Die gegenwärtige Teuerung und der außenpolitische Druck bastieren auf solchen mächtigen Stützen, die nur mit bewußter Fähigkeit überwinden werden können. Dazu braucht die organisierte Arbeiterschaft ihre jahrzehntelangen Erfahrungen und ein unerschütterliches Vertrauen zu ihren eigenen, aus dem Solidaritätsgesühl heraus geschaffenen Organisationen. Wer solches Vertrauen nicht aufbringen kann, hat selber nicht die nötige Energie, um durch Gegenmaßnahmen in der Lohnfrage der Teuerung Herr zu werden. Ein solcher Kollege gehört nun zu denen, die sich immer auf andre verlassen und in kritischen Situationen am meisten lamentieren.

Die Schaffung wertbeständiger Löhne.

Ueber die Schaffung wertbeständiger Löhne ist schon so viel gesprochen und geschrieben worden, daß man annehmen müßte, das Thema sei reichlich geklärt. Und doch besteht auf diesem Gebiete so viel Unklarheit, daß die Auseinandersetzungen hierüber zu keinem allseitig befriedigenden Ergebnis führen wollen. Das kommt daher, weil sich die Lösung des schwierigen Problems nicht in allgemeingültige Formeln pressen läßt, weil die zu berücksichtigenden Verhältnisse zu verschieden sind.

Im Grunde genommen ist die Schaffung wertbeständiger Löhne ja doch weiter nichts, als die logische Fortsetzung unserer bisherigen nachkriegszeitlichen Haupttätigkeit: die Anpassung der Löhne an die sich ständig steigenden Preise oder mit andern Worten: die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes während der sich mit immer rasenderer Schnelligkeit vollziehenden Geldentwertung. Es handelt sich gegenwärtig nur darum, den Lohn vor der Entwertung des Geldes zu schützen, was eben nur durch seine Anpassung an die jeweilige Kaufkraft des Geldes geschehen kann. Alle darüber hinausgehenden Forderungen, wie die Wiederherstellung des Friedenslohnes, die Einführung des Goldlohnes, und wie die erstrebenswerten Forderungen alle heißen, sind unter den jetzigen daniederliegenden wirtschaftlichen Verhältnissen leider unerreicherbar. Sie lassen sich erst mit der Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere mit der Besserung unserer Währung und zwar parallel mit dieser durchführen.

Ein indirektes Mittel zur Besserung der Währung werden auch die sogenannten wertbeständigen Löhne sein. Zwingt ihre Einführung doch den Staat, seine gesamten Einnahmen auf eine wertbeständige Grundlage zu stellen, damit die durch die erhöhten Löhne für seine Arbeiter, Angestellten und Beamten bedingten Ausgaben wieder ausgeglichen werden. Vor allem müssen die Steuerzahler, welche nicht Lohn- und Gehaltsempfänger sind, denen also die Steuern nicht am Zahlungstage ihrer Einnahmen von diesen abgezogen werden können, ihre Steuern vollwertig und nicht mit im Laufe der Zeit entwertetem Geld entrichten. Dann wird es dem Staat auch gelingen, seine Ausgaben durch die Einnahmen zu decken und die Papiergeldflut (Inflation) einzudämmen und abzubauen. Unterläßt es der Staat jedoch, seine Einnahmen den veränderten Verhältnissen anzupassen, sucht er seinen Verpflichtungen auch fernerhin durch verstärkten Notendruck nachzukommen, so ist alle Mühe, wieder zu einer Gesundung unserer Wirtschaft zu gelangen, vergebens. Dann nicht auch den Lohn- und Gehaltsempfängern die Anpassung ihres Lohnes und Gehaltes an die sich weiter steigende Teuerung nur wenig. Sie verhindern dann im günstigsten Falle ein weiteres Sinken des Reallohnes, ebenso aber auch ein Steigen desselben.

Die Erhöhung des Reallohnes ist jedoch die Grundbedingung zur Wiedererlangung der Arbeitskraft, des Arbeitswillens und der Arbeitsfreude des arbeitenden Volkes. Von einer Aufrechterhaltung dieser wichtigen Arbeitsfaktoren kann schon nicht mehr gesprochen werden. Wenn wir uns erinnern, mit welcher

Schärfe die Friedenslöhne vor dem Kriege als völlig unzureichend bekämpft wurden und wenn wir das damalige Lohnniveau mit dem heutigen vergleichen, so tritt klar zutage, daß die Freude an der Arbeit nicht mehr in dem erforderlichen Maße vorhanden sein kann. Wenn man ferner beobachtet, wie die neuen Reichen mit den alten um die Wette Riemen aus der Haut des Volkes schneiden, wenn man sieht, wie die Kartelle und Trusts ihre Macht dazu benutzen, den Warenmangel und die Teuerung künstlich zu erhalten durch Fortführung und Begünstigung unrentabler rückständiger Betriebe, indem die Preise nach den Gestehungskosten dieser Parasiten am Volkskörper festgesetzt werden, so braucht man sich wirklich nicht über zunehmende Arbeitsunlust zu wundern.

Trotz all dieser, die Arbeit hemmenden Umstände sind die gegenwärtigen Arbeitsleistungen vielfach an die Friedensleistungen herangekommen, ja zuweilen sind sie sogar überzogen, ein Beweis dafür, welcher Steigerung die Produktion fähig ist, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Arbeiter wieder mit Lust und Liebe an ihr Werk gehen zu lassen. Doch nicht nur der Arbeiter kann zur Hebung der Produktion beitragen, vor allem müssen es die Unternehmer. Sie müssen ihre Betriebe so rationell wie möglich gestalten, das gilt für die Industrie, wie für die Landwirtschaft. Auch der Handel muß eine völlige Umgestaltung erfahren. Die vielen überflüssigen, die Waren verteuernenden Zwischenhändler und Kleinhändler müssen ausgeschaltet werden, damit der alte kaufmännische Grundlag wieder zu Ehren kommt: Großer Umsatz, kleiner Nutzen! Gegenwärtig ist es gerade umgekehrt. Schuld daran ist die Warenknappheit. Sie zu beseitigen, müssen alle Volkstrelke mitwirken.

Die wertbeständigen Löhne bilden durch ihre preisvertueernde Wirkung zwar eine Gefahr für den Export, doch besteht die Aussicht, daß sein eventueller Rückgang wieder ausgeglichen wird durch die Hebung der Kaufkraft im Lande.

Es heißt nun also, die Wertbeständigkeit der Löhne mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu erringen. Die beste Gewähr hierfür bildet die Benutzung der jetzt wöchentlich erscheinenden Lebenshaltungsindezziffern. Sie zeigen die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten an, während der Dollarkurs zu großen Schwankungen unterworfen ist, und der amtliche Goldpreis den wirklichen Verhältnissen zu wenig angepaßt wird. Wie oft haben wir erlebt, daß trotz des Sinkens des Dollars die Preise weiter gestiegen sind. Wir würden uns also der Gefahr aussetzen, Lohnherabsetzungen in Kauf zu nehmen, während die Preise steigen, wenn wir unsre Löhne dem Dollarkurs anpassen. Der amtliche Goldpreis eignet sich nicht zur Lohngrundlage, weil seine Festsetzung hinter den im Privatverkehr üblichen Goldpreisen herfällt. Der Friedenslohn kann nicht automatisch wiederhergestellt werden, weil Krieg und Nachkriegszeit Zustände geschaffen haben, die eine Anwendung des damaligen Maßstabes nicht mehr zulassen. Es bleiben als brauchbare Grundlage für die Bemessung des Lohnes also nur die Lebenshaltungsindezziffern übrig.

Bei ihrer Benutzung brauchen wir uns nicht überall an einen bestimmten Index zu halten, zum Beispiel an den des reichsstatistischen Amtes, so begrüßenswert eine solche der Einheitlichkeit dienende Regelung auch wäre. Die Verhältnisse in den verschiedenen Lohnvereinbarungsgebieten sind so verschieden, vor allem auch die Einstellung der miteinander verhandelnden Personen, daß ein starres Festhalten an einem bestimmten Index die Verhandlungen nur erschweren und die Ergebnisse ungünstig beeinflussen würde. Es steht den Verhandlungsparteien frei, sich einen der bestehenden Index auszusuchen, einen, zwei oder mehrere zu benutzen oder neue selbst zu errechnen. Die Hauptfrage ist, daß bei den Verhandlungen das Ziel erreicht wird: Anpassung der Löhne an die Preise!

7. Sitzung des Ausschusses des DGB.

Berlin, 4. und 5. Juli 1923.

An der Bundesausschusssitzung nahmen außer den Vertretern der Verbände die Bezirkssekretäre des DGB, und Vertreter der Ortsausschüsse einiger Städte teil, deren Anwesenheit in diesem Falle sich als notwendig erwies hatte.

Dem Deutschen Landarbeiterverband, dessen Klasse durch den Streik in Schlessien sehr stark in Anspruch genommen worden ist, bewilligte der Ausschuss die Bundeshilfe.

Die Aussprache über die allgemeine Lage leitete der 2. Bundesvorsitzende Grafmann durch ein Referat ein. Kedner wies auf die Verschlechterung der Lage hin, die durch die Attentate und Sabotageakte im besetzten Gebiet und durch die verschiedenen Putsch hervorgeufen worden sind, und tabelte die Lage Haltung der Regierung gegen die Sabotageakte. Ferner habe sich gezeigt, daß unlaubere Elemente den Eindringlingen Vorkäuf leisteten. Ueber die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung im Ruhrgebiet müßte man staunen, während man von den Unternehmern allerlei zu hören bekommt, das weit entfernt ist von dem, was sie zuerst versprochen haben. In diesem Zusammenhang verwies Kedner noch auf das sogenannte Garantieangebot der Industrie. Die weitere Entwertung der Mark habe in Arbeiterkreisen eine ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Weite Kreise drängten darauf, daß der DGB sich an die Spitze der Lohnbewegungen stelle. Der Bundesvorsitzende könne jedoch nicht in der Tätigkeitsbereich der Verbände eingreifen und ebensowenig sei das Verlangen nach „stärkerer Aktivität des Bundesverbandes“ berechtigt, da dieser unausgesprochen schon alles getan habe, was menschenmöglich ist.

Im Anschluß daran sprach Umbreit ausführlich über die Frage der wertbeständigen Löhne. Kedner zählte zunächst die Gründe auf, die die Gegner der Vollaufpaßung der Löhne an die Preise anzuführen pflegen, und ging auf eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums ein, die die Angleichung der Löhne an die Preise durch größere Zurückhaltung im Verbrauch erreichen will. Demgegenüber wies Kedner auf die Kartellpolitik der Unternehmer mit ihrer Rückfichtnahme auf die rückständigsten Betriebe als eine der schlimmsten Ursachen der Warenknappheit hin. Die Industrie müsse zu wirtschaftlicherer Produktion gezwungen werden. Ferner tabelte der Kedner die Finanzwirtschaft des Reiches, durch die bisher nur die Lohnempfänger entsprechend der Geldentwertung zur Steuer herangezogen worden seien. Was seither zur Substanzerhaltung der deutschen Wirtschaft geschehen sei, geschah auf Kosten der Arbeitnehmer. Es ließe sich nicht daran zu zweifeln, daß die Wirtschaft höheren Lohn tragen könne. Nach Guggenheimer betragen die Löhne nur noch 4 bis 5 v. H. der Herstellungspreise, während sie vor dem Kriege das Vierfache betragen hätten. Daraus ergibt sich, daß eine Steigerung des Lohnanteils noch sehr wohl möglich ist.

Kedner ging auf die verschiedenen Vorschläge ein, durch die die unheilvollen Folgen der Geldentwertung gemildert werden sollen. Friedenslöhne seien, abgesehen von Ausnahmefällen, in ablehbarer Zeit nicht zu erreichen. Auch von einer gesetzlichen Festlegung der Löhne sei nichts zu erwarten. Die Arbeiter müßten sich selber helfen. Einen mechanischen Gleitlohn müßten die Gewerkschaften ablehnen, denn das hieße ihre Kampfkraft ausschalten. Zur Angleichung der Löhne an die Kaufkraft sei jedoch ein Maßstab notwendig, der der wirklichen Teuerung entspricht und Ansehen besitzt, damit er auch maßgebend wirkt. Kedner berichtete über die Verhandlungen zur Erreichung eines gerechten Index mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Statistischen Reichsamte. Es sei erreicht worden, daß zunächst wöchentliche Aufnahmen durchgeführt und ihre Ergebnisse zwei Tage nach dem Stichtage veröffentlicht werden. Das Ergebnis müsse dann den Lohnzahlungen am Freitag zugrunde gelegt werden. Die Arbeitgeber hätten versichert, daß dies nicht möglich sei, während die Gewerkschaften vertraten das Gegenteil nachgewiesen hätten. Die Gewerkschaften müßten auf einem brauchbaren Lebenshaltungsindex bestehen, der schnell ermittelt und veröffentlicht werden und dann in derselben Woche dem Lohn zugrunde gelegt werden müsse.

Aus den vielen Einzelheiten in dem Referat sei an dieser Stelle noch hervorgehoben, daß man bei dem Bemühen, den besten Lebenshaltungsindex zu finden, noch dazu gekommen sei, ihn dem Großhandelsindex anzunähern, da dieser die Komponenten Lebenshaltungskosten anzeige. Dem Lebenshaltungsindex sei nach Meinung des Redners noch ein Viertel der Spannung zwischen diesem und dem Großhandelsindex hinzuzuschlagen. Durch die Verhandlungen sei erreicht worden, daß schon in dieser Woche die ersten Indizes veröffentlicht werden sollen, allerdings noch auf Grund der bisherigen Güterliste. Für das besetzte Gebiet seien besondere Zahlen in Aussicht genommen. Den Gewerkschaften sei dringend zu raten, bei ihren Lohnverhandlungen von diesem beschleunigten Index Gebrauch zu machen. Dadurch könne es wenigstens möglich werden, zu monatlichen Vertragsabschlüssen zurückzukehren. Es sei jedoch Sache der einzelnen Verbände, die Tarifdauer ihren Bedürfnissen und Erfahrungen anzupassen.

Ferner erklärte Kedner sich dagegen, daß durch die Gesetzgebung allgemein die Herabsetzung werbeständiger Löhne gesichert werden solle. Für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben sei jedoch eine solche zu empfehlen. Dann werde auch die Privatindustrie sich dem nicht entziehen können. Die Auswirkung werde jedoch nicht für alle Berufe gleichartig sein. Auch gäbe es Verbände, die glauben, auf dem bisherigen Wege weiterkommen zu können. Diesen würde eine allgemeine gesetzliche Regelung Schranken auferlegen. Eine solche würde auch nur auf dem Papier stehen, solange die Kampfkraft der Gewerkschaften nicht für die Durchführung einsetzt. Auch könne man die Arbeiterschaft nicht solange vertrösten.

Das Ergebnis werde vielleicht manche hochgespannte Erwartungen enttäuschen. Man könne nur relative Vorteile erreichen. Mit einer Empfehlung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung schloß Kedner seine Ausführungen, die durchdrungen waren von dem Bestreben, der Arbeiterschaft wirkliche Hilfe zu leisten, sich aber von allen Ueberstimmlichkeiten fernzuhalten.

Die Absprache über diese beiden Referate hielt den Ausschuß bis in die späten Abendstunden des ersten Sitzungstages zusammen. Von verschiedenen Rednern wurde unter anderem besonders betont, daß bei den Bemühungen zur Anpassung der Löhne zunächst nur Behelfsmaßnahmen herauskommen könnten. Verschiedene Redner wandten sich auch gegen die in einem Teil der Presse betriebene Stimmungsmache, die nur beweise, wie oberflächlich sich deren Urheber mit der schwerwiegenden Frage beschäftigt hätten und bei der Arbeiterschaft übertriebene Hoffnungen wecke. Die Entschließung, die bereits in voriger Nummer des Steinarbeiters abgedruckt wurde, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Ueber die Sabotageakte im Ruhrgebiet äußerte sich der Ausschuß durch folgende vom Genossen Reichel (Metallarbeiter) eingebrachte und einstimmig angenommene Entschließung:

Der Bundesausschuß verurteilt aufs schärfste die verbrecherischen Sabotageakte überspannter nationalstolzer Kreise im Abwehrkampf gegen die rechtswidrig erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes. Er erklärt diese Handlungen für unvereinbar mit dem von der Arbeiterschaft unterstützten Abwehrkampf und fordert deshalb alle Gewerkschaftsmitglieder auf, die Sabotageakte mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Von der Reichsregierung fordert der Bundesausschuß, daß mit Nachdruck die Schuldigen ermittelt und zur Verantwortung nach deutschem Recht gezogen werden.

Am zweiten Sitzungstage beschäftigte der Ausschuß sich unter anderem mit besonderen Organisationsfragen in Oberschlesien, im

Saargebiet und in dem von den Litauern besetzten Memelland. Den Männern der dortigen Genossen soll nach Möglichkeit entgegengekommen werden.

Der Bundesbeitrag wurde auf monatlich 42 M. und 28 M. für weibliche Mitglieder festgelegt. Bei weiterer Geldentwertung ist der Vorstand berechtigt, Extrabeiträge zu erheben.

Da der Genosse Adolf Cohen krankheitsshalber sein Amt als dritter Bundesvorsitzender niedergelegt hat, hat die Arbeiterschaft sich mit einer Ersatzwahl zu beschäftigen. Beschlossen wurde nach längeren Verhandlungen, eine Kommission zu beauftragen, im Verein mit dem Bundesvorstand bis zur nächsten Ausschußsitzung die nötigen Vorarbeiten zur Wahl zu treffen. Zum unbesoldeten Vorstandsmitglied an Stelle des zum Sekretar des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam übergetretenen Genossen Sassenbach wurde Genosse Jädel (Textilarbeiter) gewählt.

Die Erledigung der vom Gewerkschaftsrat dem Ausschuß übergebenen Anträge führte unter anderem zu einer längeren Aussprache über Kultur- und Bildungsbestrebungen, zwar nicht über deren Wert an sich, als darüber, was unter den heutigen Verhältnissen durchführbar ist. Zu dem vom Verband der Dachbeder zum Kongreß gestellten Antrag 209 auf Erhebung eines Kulturbeitrags, beschloß der Ausschuß auf Antrag des Genossen Simon (Schuhmacher), daß der nächsten Ausschußsitzung gemeinschaftlich mit der schon bestehenden Studentenkommision ein Plan über Aufbringung und Verwendung der Mittel vorgelegt werden soll.

Zu dem Antrag 210 vom Verband der Musiker, wonach die Gewerkschaften und ihre Mitglieder für die Erhaltung und den Ausbau von Bildungs- und Kunsteinrichtungen eintreten sollen, lag ein Antrag von Friedebach (Chorführer- und Ballettpersonal) und Jauch (Musiker) vor, der ebenfalls Berücksichtigung der Wünsche der ausübenden Künstler forderte. Der Ausschuß beschloß, daß auf die Verbände und die Ortsausschüsse im Sinne der Anträge eingewirkt werden soll.

Der Antrag 211 (Verband der Lithographen) wurde dahin erledigt, daß den Verbänden von neuem empfohlen werden soll, den Genossenschaftsgedanken zu propagieren und für die Stärkung der Genossenschaften einzutreten.

In vorgerückter Stunde berichtete Genosse Streine (Masler) über die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft für Gewerkschaften und die bisherigen Vorbereitungen zu deren am 10. und 11. September stattfindenden Hauptversammlung in Würzburg. Die Tätigkeit der Gesellschaft soll sich nicht nur auf die Verbesserung von Gewerkschaften erstrecken, sondern auch auf die Unfallverhütung.

Bundesvorsitzender Leipart wies auf die Wichtigkeit der Gewerkschaften und die Notwendigkeit hin, den Einfluß der Gewerkschaften auch auf diesem Gebiete geltend zu machen und forderte alle Verbände, deren Mitglieder irgendwelchen Berufsgefahren ausgesetzt sind, auf, die Mitgliedschaft zu erwerben.

Aus den Zahlstellen.

Mittelweide. Ein Stundenlohn ein Verbandsbeitrag wurde in Leipzig auf dem Verbandstag beschlossen. Damals wurden die Lohnsätze noch auf 8 Wochen und länger abgeschlossen. Die Karenzzeit betrug zu jener Zeit ¼ Jahr. Der Geldentwertung Rechnung tragend, beschloß man im Verbandsausschuß, die Karenzzeit auf 6 Wochen herabzusetzen. Wegen der finanziellen Schwierigkeiten, die durch die Verteilung der Karenzzeit entstanden, wurde die 14. Beitragsmarke für jedes Vierteljahr erhoben, die nunmehr wieder abgeschafft wurde. Mit dem 2. Quartal soll sie zum letzten Mal gefest werden. Nun stehen wir abermals vor der Frage der langen Karenzzeit. Die Lohnregelung erfolgt nicht mehr auf 4 bis 6 Wochen, sondern fast jede Woche. Vielleicht in Zukunft in noch kürzeren Abständen. Wollen wir mit den Beiträgen nach dem Statut verfahren, so müssen wir jede Woche unsere Beiträge erhöhen, selbst wenn sich technische Schwierigkeiten im Verwaltungsapparat der Zentrale herausstellen. Durch die öfteren Wechsel der Beitragsmarken werden naturgemäß die örtlichen Kassierer stark belastet, und im Bureau der Zentrale tritt die Belastung mit Arbeit in weit höherem Maße in Erscheinung. Letzten Endes darf eben vor Einstellung neuer Kräfte nicht zurückgeschreckt werden. Vor allen Dingen ist es notwendig, die Karenzzeit wiederum herabzusetzen, und zwar auf 14 Tage. Um ein Defizit zu vermeiden, ist es vielleicht anzugehen, einen Extrabeitrag zu leisten oder die Beiträge demgemäß anzusetzen.

Bei den heutigen Verhältnissen ist es ganz unmöglich, einen Lohnkampf ernstlich durchzuführen. Angenommen, wir bezahlten jetzt den Beitrag von 7800 M., in 3 Wochen vielleicht (wenn nicht plötzlich eine Verringerung eintritt) 15000 M. Im Falle eines Streiks 6 Wochen zurückgerechnet, auf den früheren Beitrag von

2200 M., das ergibt eine tägliche Unterstützung bei 10-jähriger Verbandsdauer von 7700 M., das ist ein Uebelstand, der abgeändert werden muß.

Eine Abänderung ist des weitern schon lange bei unserer Schlichtungsordnung notwendig, die gegenwärtig nicht mehr zeitgemäß ist. In erster Linie muß die Frist von 10 und 7 Tagen ganz bedeutend verkürzt werden. Die Tarifämter müssen anders zusammengesetzt werden. Der Vorsitzende müßte mindestens ein Unparteilicher sein. Ebenso die Beisitzer, auch da gehören Unparteiliche mit hinein, wenn es wirkliche Schlichtungsinstanzen sein sollen, zu denen auch die Kollegen für Vertrauens hat. Bis jetzt, in der heutigen Zusammensetzung der Tarifämter fehlt das Vertrauen, und sie werden in den meisten Fällen von dem Unternehmertum dazu benutzt, um die Sache zu verschleppen. Es gibt auch Unternehmer, die mit der Besetzung der Tarifämter nicht ganz zufrieden sind; der größte Teil der Arbeitgeber will allerdings von Unparteilichen nichts wissen. Trotz alledem muß auch hier eine durchgreifende Aenderung vorgenommen werden. Bereits am letzten Verbandstag war die Schlichtungsordnung der Gegenstand der Kritik. Vielleicht geben einige Kollegen an andere Zahlstellen ihrer Meinung Ausdruck und bringen diesbezügliche Vorschläge.

Zu den obigen Ausführungen mögen der Redaktion gleich einige Bemerkungen gestattet sein: Die Karenzzeit in der Berechnung der Streikunterstützung verkürzt auf 2 Wochen, ist für den Verband finanziell nicht tragbar, und sie wird auch dann nicht tragbar, wenn noch so viele Artikel darüber geschrieben werden! Der Kassenschatz der Hauptkasse, wie ihn die Abrechnung in der vorigen Nummer des Steinarbeiters den Kollegen zur Kenntnis brachte, zeigt jedem Verbandsmitglied, das nachdenkt, wie die Verhältnisse augenblicklich stehen. Man braucht doch nur den Bestand mit je einem eigenen Arbeitseinkommen vergleichen und wird dann ermessen können, was los ist, ohne daß es hier noch des langen und breiten dargelegt werden braucht. Ein wöchentlicher Markenwechsel zur richtigen Leistung des Stundenlohnbeitrages ist verwaltschaftlich nicht durchführbar! Auch dann nicht, wenn zur Bewältigung dieser Aufgabe noch mehr Arbeitsträfte im Zentralbüro eingesetzt werden! Diese Neuinstellungen arbeiten bekanntlich nicht umsonst, und was schließlich profitiert werden könnte in der exakteren Stundenlohnbeitragszahlung, ginge durch Gehalt, Markenbruch, Portokosten und sonstige Verwaltungsausgaben vollständig wieder drauf, wenn nicht noch mehr! Nein! So können wir im Verband die sich überstürzenden Verhältnisse durch die Geldentwertung nicht meistern. An der Regel der monatlichen örtlichen Beitragsregistrierung wird sich kaum etwas ändern lassen, zu wünschen ist nur, daß die Zahlstellen bei dieser Beitragsfestlegung etwas großzügiger verfahren und nicht immer versuchen sollten, möglichst hoch unter abzurunden! Die Zahlstellen müßten vor a u s s e h e n d einen monatlichen Durchschnittsbeitrag festlegen können. Ein Beitrag, der zu Beginn des Monats über dem Stundenlohn liegt und am Ende des Monats etwas unter dem Stundenlohn bleibt. Wenn nur jeder Ort in dieser Hinsicht etwas beweglicher und wie gelagert großzügiger wäre, dann möchte es gehen; aber da haperts ganz gewaltig!

Die Verbandsmitglieder dürfen bei allem nicht übersehen, daß die Beiträge, wenn sie in der Hauptkasse einlaufen, mehrere Wochen, ja über ¼ Jahr zurückliegen und durch die Geldentwertung längst überholt wurden. Dagegen müssen sich die laufenden Ausgaben des Verbands besonders für die Verwaltungsarbeiten der täglichen Geldentwertung anpassen. Kredit wird bekanntlich heute in keinem Fall mehr gewährt. Die Lieferanten verlangen nicht selten Vorauszahlung; dem kann sich kein Privatunternehmen, folgedessen auch kein Organisationsgebilde entziehen, wie Gewerkschaften, Versicherungen, Krankenkassen, Konsumvereine, Parteiorganisationen, Zeitungsunternehmen. Darum muß es wohl oder übel bei der jetzigen Karenzzeit in der Streikunterstützungsberechnung von 6 Wochen bleiben. Die letzteren sind sowieso schon ein gefährliches Experiment, und man sollte in den Mitgliedskreisen nicht immer von neuem versuchen wollen, finanziell unmögliches dennoch zu verwirklichen! Ein einfaches Rechenexempel sagt, das es nicht angeht, jedem Mitgliede, das nun 2 Wochen lang einen erhöhten Beitrag geleistet hat, nun die erhöhte Streikunterstützung laut dieser „langen“ 2 Wochen, erhöhten Beitragsleistung zu zahlen. Denn einmal wäre die Hauptkasse noch lange nicht in dem Besitze dieser erhöhten Leistung, und was das wichtigste ist und die finanzielle Unmöglichkeit beweist, wäre, daß eine Woche Unterstützung auf Grund der erhöhten Leistung mit einem Schlage die vorherige Leistung des betreffenden Mitgliedes mit fortnimmt! Wo bleibt bei solcher finanzieller Einstellung die Grundlage der Organisation? Sie läme recht bald unter die Räder und wäre rettungslos verloren!

Der deutsche Marmor und der sächsische Serpentinsteine.

Der Bund deutscher Marmorbruchbesitzer hat eine vorzügliche Werbeschrift — bearbeitet von Udo von Oppen, Geschäftsführer des Bundes — herausgegeben. Auf 8 Farbtafeln wird in wirklich künstlerischer Ausführung unter naturgetreuer Wiedergabe die Vielfaltigkeit und Farbenpracht des deutschen Marmors und Serpentinsteins gezeigt. Die Farbtafel 1 bringt 9 Muster der Bayerischen Marmorwerke von Gultau Taufzig (Bad Wibling-Oberbayern); die Tafel 2 enthält 5 Muster der Westfälischen Marmorwerke, die hauptsächlich die Firma Dassel (Mlangen) zum Repräsentanten haben. Die Vereinigung der Zura-Marmor-Bruchbesitzer, die, nebenbei gesagt, aus 10 Firmen gebildet wird, bringt auf derselben Tafel 3 Marmorproben zur Geltung. Auf der Farbtafel 3 zeigen die Firmen Richard Tag in Hof, Bayerische Werkstoffwerke Krug u. Hagenmüller in Döbra-Naila und J. C. W. Hähnel G. m. b. H. in Oberpeilau in Schlesien je 3 ihrer Marmore; die Farbtafel 4 zeigt 3 Muster von G. Jörissen G. m. b. H. in Weiburg a. Lahn. Auf der Tafel 5 bringen die Marmorwerke Baldunstein — Firma Gr. Krebs — 6 Muster der bekannten Lahnmarmore und die Eifeler Marmorwerke aus Köln a. Rh. 3 Muster. Auf der Tafel 6 sind 9 Muster von den Saalburger Marmorwerken aufgeführt. Die Tafel 7 zeigt 9 Marmorproben der Firma W. H. u. P. in Groß-Runzendorf, und die Tafel 8 zeigt 3 Muster von dem wunderbar geschnittenen Böttlinger Marmor, der hauptsächlich bei der Firma Kupp u. Müller in Karlsruhe zur Verarbeitigung gelangt und die Sächsische Serpentinsteine-Gesellschaft G. m. b. H. in Böhlitz bringt 6 verschiedene Nuancierungen des begehrten Serpentinsteins.

Diese 8 Farbtafeln müssen als äußerst gelungen bezeichnet werden, sie zeigen nicht nur die Farbenpracht des deutschen Marmors, sondern bringen auch jedem den Reichtum der deutschen Marmor-Bodenschätze zum Bewußtsein. Die Vielfaltigkeit in Farbe und Ausdruck wird sicherlich den verwöhntesten Geschmack befriedigen können.

Die Werbeschrift enthält außerdem eine Karte von Deutschland, auf der die örtlichen Marmorvorkommen vermerkt sind. Ferner enthält die Schrift 12 Abbildungen der verschiedensten Marmorarbeiten vom künstlerischen prachtvollen Marmorportal, Kamin, Treppenhause, bis zur einfachsten Skulpturenarbeit für elektrische Installationsarbeiten. Außerdem einige bemerkenswerte Bruchanlagen. Der Werbeschrift ist außerdem eine umfangreiche statistische Tafel angehängt, die über alle Marmorbrüche Deutschlands und deren geschäftliche Vertretungen informiert und — was wesentlich ist — über die einzelnen Marmore in folgender Rubrizierung Auskunft gibt:

Handelsbezeichnung des Marmors — Fundort — Geologische Formation — Farbe des Marmors — Kern des Marmors — Verwendbar für: — Jahresförderung 1920 in Kubikmeter — Ausbeutungsleistungsfähig? —

Der Text bringt im Vorwort eine kurze programmatische Einleitung über Aufbau und Bedeutung der Werbeschrift. Dann wird

in einer allgemeinen Darlegung „der deutsche Marmor“ gewürdigt. „Die Ursachen des Unbekanntseins, die Entwicklung der deutschen Marmorindustrie, Volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Marmorindustrie, die Verwendungsmöglichkeiten des deutschen Marmors im allgemeinen, Naturmarmor und Kunststein, der geologische Aufbau des deutschen Marmors, Urformation, Silur, Devon und Karbon, Jura. Daran anschließend werden in besonderen kurzen Abhandlungen die Marmore Bayerns behandelt: a) die Alpenmarmore (Zugspitze, Ruhpolding); b) der Keilheimer Marmor; c) der Zura-Marmor; d) die Marmore des Fichtelgebirges und Frankenalbes (Brüche bei Hof, Selbitz, Döbraer Marmorbrüche und Marzauin). Dann folgen Abhandlungen über „Mittelbergers Marmor“ (Böttlinger Bruch), über „die Kassauer Marmore“ (Brüche im Oberharz, Diez a. Lahn, Schupbach, Willmar. „Die Marmore Westfalens“ werden in zahlreichen Brüchen der Kreise Brilon, Meschede und Olpe gewonnen. „Die Rheinlandmarmore“ in den Eifelbrüchen bei Daun und im Bruch Linder, Bez. Köln. „Die Thüringer Marmore“ in den Brüchen bei Saalburg und bei Schleiz. „Die Marmore Schlesiens“ in den Brüchen von Groitzschendorf, Kreis Neiße. Das Marmorgebiet am Fuße des Altaufergebirges ist besonders wertvoll wegen der hellen Grundfarbe des Gesteins. Geologisch ist es Deutschlands ältester Marmor. „Der Serpentinsteine“ wird bekanntlich bei Böhlitz gewonnen, einem Städtechen auf dem Ramm des sächsischen Erzgebirges. Die Schrift wird dann abgeschlossen mit einigen im Druck wirkungsvollen Klappen größerer Marmorwerke.

Der Bund deutscher Marmorbruchbesitzer hat zweifelslos mit der vorliegenden Schrift eine wertvolle Werkschrift, der man seine Anerkennung nicht verweigern kann, für deutsche Marmor geschaffen. Kosten sind nicht gescheut, das beweist die Aufmachung der Schrift. Ihr Aufbau im Text trägt jedem Marmor, ob aus Süd, West oder Ost durchaus Rechnung, ohne daß für eine bestimmte Firma oder für einen bestimmten Marmor besondere Klappen zum Ausdruck kommt. Eine Werbeschrift soll das auch nicht, sie hat dafür zu wirken, daß die so notwendige Kenntnis über die deutschen Marmorbodenschätze großen Bevölkerungstreffen zugänglich gemacht wird und sie soll ferner zeigen, ohne großen Bombast, was bisher in deutschem Marmor hergestellt wurde und was künftig geliefert und geleistet werden kann. In diesem Sinne ist die Werbeschrift auch verfaßt. Wir können sie allen Kollegen, die sich dafür erwärmen, nur bestens empfehlen. Ja, Marmorarbeiter, die über ihre örtlichen Grenzpfähle hinaussehen, können sie zur Erweiterung ihrer Fach- und Berufskunde gar nicht entbehren!

Die Schrift wird zur Zeit circa 43000 M. kosten. Sie ist zu beziehen vom Verlag: Bund deutscher Marmorbruchbesitzer, Groß-Runzendorf, Kr. Neiße (Schlesien).

Der Mörzler.

Die ganze Gasthaustube horcht auf. Voll Neugierde drängen sich die biedereren Kleinbürger um den Mann, der ihnen so recht aus dem Herzen spricht. Es ist der Held des Abends, denn er weiß genau Bescheid, warum die heutige wirtschaftliche Lage eine so schlechte ist.

Seine Kritik verlohnt niemand; mit besonderer Schärfe geht er gegen die Führer und Vertrauensmänner der Partei los. Sie alle hätten vergessen, daß sie einmal Arbeiter waren, und führen jetzt mit den Arbeiterbägen ein „Schlemmerleben“. Die „Gewerkschaftsbonges“ paktieren insgeheim mit den Unternehmern und verraten die Interessen der Arbeiterschaft. Bei jedem neuen Glas Bier wird die Kritik des Mannes ähender; die gespannt aufhorchenden Spießer am Nebentisch raunen sich gegenseitig zu: „Das ist einmal einer, der sich die Wahrheit zu sagen traut.“ Und wie genau der Kritiker in die Privatverhältnisse aller Leute eingeweiht ist! Er weiß, wie viel Röße das Gemeinderatsmitglied Soundo anzuziehen hat, wenn sich der Gemeinderat X. an das letzte Mal die Stiefel lohlen ließ, wieviel Glas Bier der Genosse N. N. getrunken hat usw. Das alles natürlich nur auf Kosten der Proletarier. Die Spießer werfen dem Korruptionsstater denkbare Blide zu. Und wie der Mann erst die moralischen Eigenschaften jedes einzelnen zu werten weiß! In die intimsten Familienegeheimnisse vermag er einzudringen und „entrußelt“ sich darüber, daß der Peter Michelmeier und der Michel Petermeier sich in Punkt Crotik nicht so genau nehmen. Die Bier herbeischleppende Kellnerin macht in diesem Augenblick einen Quätscher, denn der kritisierte Moralist hat sie ins Bein gewinkt, natürlich ganz ohne Absicht; die Spießer halten sich den Bauch vor Lachen! Nach einem kräftigen Schluck „beleuchtet“ der sich immer mehr in die Höhe Redende die Vermögensverhältnisse der „Führer“ und weiß schauerliche Dinge von dem ungeheuren „Reichtum“ derselben zu erzählen. Die anwesenden Gäste, einschließlich der Spießer, rufen einstimmig: „Hört, hört!“ Sodann behandelt er in „scharfsinniger“ Weise die Arbeiterpresse, die seiner Meinung nach keinen Schutz Pulver wert ist, denn die Redakteure verständen samt und sonders nichts. Da würde er eine ganz andre, eine viel schneidigere Feder führen und die allerorts herrschende „Korruption“ rücksichtslos aufdecken. Auf die bescheidene Frage eines Nebensitzenden, warum denn er, der doch so viele erstklassige Qualifikationen aufweise, nichts für die Zeitung schreiben, erfolgt die prompte Antwort, dazu habe er keine Zeit. Ganz erschöpft vor Aufregung und Entrüstung meint der Bierbankpolitiker am Schluß seiner „vernichtenden“ Kritik: Die Proletariergesellschaft müsse einmal aufhören, es gehören andre Personen, die mehr Unternehmungsgeist, mehr Radikalismus besitzen, an die leitenden Stellen, dann werde es gleich besser werden! ... Sprachs — und lehnte sich im Wohlbewußtsein seiner „Heldentat“ in seinen Stuhl zurück. Die Spießer leerten ihre Gläser, erhoben und entsetzten sich mit einem warmen Händrücken und freundlichem Grinsen von dem redegewandten Meschessermesser und Meschessermacher. Während sich dieser ob der bürgerlichen Gunstbeziehung mächtig geschnackelt fühlte, sagten sich die arbeitserfündlichen Spießer: „Das ist unter Mann, der schäpft Wasser auf unsre Mühle.“ Am andern Abend setzte der Mörzler sein Wirtschaftsgeschichte fort, und das alles, weil er dadurch den Interessen der Arbeiterschaft am besten zu dienen glaubt!

Diese Skizze stammt aus dem österreichischen „Textilarbeiter“; sie paßt natürlich nicht für unsre Verhältnisse, denn bei uns gibt es keine Mörzler. Ober — ??

Rundschau.

Die Mitglieder dürfen auf keinen Fall übersehen, daß alle früheren Geldleistung für den Verband durch den Geldwertungsprozeß so gut wie vollständig weggewaschen wurde. Auf die heutige Finanzkraft des Verbandes hat die frühere Mitgliedsbeitragsleistung gar keinen stärkenden Einfluß mehr. Das dürfte dem Kollegen, die nachdenken, nichts neues sein. Ein Beispiel an der Hand eines zufällig vor uns liegenden Mitgliedsbuches mag die Behauptung beweisen. Der Inhaber des Buches gehört seit dem 1. April 1907 dem Verbands an und hat während dieser Zeit, bis Ende Juni, 24 000 M. zum Verbands geleistet. Von diesen 24 000 M. entfallen jedoch 16 500 M. allein auf das Jahr 1923. Wo von 1907 bis Ende 1922 hat der Kollege dem Verbands 7500 M. gezahlt.

Nun das Gegenstück in der Gegenleistung. Allein vom 1. Januar bis Ende Juni 1923 hat dieses Mitglied an Krankenunterstützung 43 250 M. bezogen. Wir sehen an diesem Beispiel nicht nur den Vorteil der Mitgliedschaft, sondern auch das finanzielle Zerbröckeln in Leistung und Gegenleistung und aber auch, daß die frühere Leistung durch die Geldentwertung, finanziell-praktisch nichts mehr bedeutet. Die frühere Mitgliedschaft und die damit verbundene Beitragsleistung hat für den Buchinhaber nur noch moralischen Wert als organisierter Arbeiter. Seine Geldleistung ist dem Verbands durch die Verhältnisse direkt aus der Masse genommen oder auch von der Papiergeldflut unwiderbringlich weggenommen worden. So liegt es natürlich bei allen Unterstützungsanträgen, die nach der Mitgliedsdauer gestaffelt sind und in die Zeit vor der Geldentwertung zurückgreifen. Die wichtigste Unterstützung, die **Streitunterstützung**, ist bis zu 10 Jahren Mitgliedsdauer gestaffelt, sie kommt der Finanzkraft des Verbandes heute recht teuer zu stehen, denn für die erhöhte nach Jahren berechnete, aber den jetzigen Lebensverhältnissen angepaßte Unterstützung, fehlt in der Tat dem Verbands die Einnahme. Auf diesen unglücklichen und auf die Dauer unhaltebaren Zustand muß hingewiesen werden, deshalb sollen die Verbandsmitglieder im Fortdauern erhöhter Leistung äußerst vorichtig sein, denn Ausgaben können nur von vorheriger Einnahme geleistet werden, und wo die letztere fehlt, fehlt natürlich auch das andere!

Was nun noch sonst in dem Artikel über die Besetzung der Tarifämter gelagt wird, ist durchaus abwegig; wir haben mit den sogenannten Unparteiischen keine besonders ermutigenden Erfahrungen gesammelt. Aber wenn man gegen die jetzige Besetzung unserer Tarifämter Sturm laufen will, dann müssen sicherlich andre Beweise und durchschlagende Gründe aufmarschieren, mit bloßen Behauptungen aus dem Handgelenk heraus ist in der Praxis nichts anzufangen.

Aus Schlesien. Hand da im schlesischen Bezirk vor längerer Zeit in einem weitestgelegenen Winkel, wo es nur Bauern und Steinarbeiter gibt, eine Tarifverhandlung in einem Bierlokal statt. Unter andern sitzt im Lokal auch ein ganz besonderer Bauer; ein besonderer deshalb, weil er jetzt 100 Morgen Besitztum hat, und weil er ferner zu jener bäuerlichen Spezies gehört, die nie ihren eigenen Verdienst sehen, nie genug bekommen können und immer große Angst haben, daß andre, also Nichtbauern, zuviel verdienen könnten. Dieser Bauer, Besitzer von 100 Morgen, hört vom Lohn der Steinarbeiter und ruft in seinem Egoismus der abziehenden Tarifkommission nach: „Jetzt werde ich auch Steinarbeiter, wenn die Sozialverbände!“ Ein Kollege dreht sich herum und erwidert schlagfertig: „Kommm, Bauer, dann können wir gleich tauschen!“ Doch der 100-Morgen-Besitzer weiß schon, was er hat — tauschen wäre noch schöner, überhaupt so ein freches Verlangen; er wurde nun jaugroh, drohte mit dem Bierglas und beschimpfte den Kollegen als duckiger Hund usw. Nebenbei gesagt, hat der betreffende Kollege sich die Körperverletzung im Kriege geholt, während der 100-Morgen-Besitzer daheim bleiben und seine Rippen auspulstern konnte. Selbstverständlich fehlte bei der Schimpferei des Bauern auch nicht der Achtsundzweitige, die Behauptung, daß Arbeiter faulenzten, und was die Bauernschlaucht gegen andre alles fertigbringt. Eine Versammlung der Steinarbeiter, die anschließend in einem andern Lokal stattfand, bekam Kenntnis von diesem Vorgang und eine Anzahl Kollegen stellten dann den 100-Morgen-Bauer zur Rede; er mußte die Ausserungen dann zurücknehmen. Aus diesem Vorgang war nun ein Prozeß gegen zwei Steinarbeiter entstanden wegen — Nötigung. Urteil in erster Instanz: 30 000 Mark Geldstrafe. Urteil in zweiter Instanz: Freipruch! Etwas anders war nach Lage der Sache auch gar nicht zu erwarten, denn bei der Auseinandersetzung mit dem 100-Morgen-Bauer, der so gern als Steinarbeiter tätig sein möchte, um auch deren „hohe“ Löhne einzufassen, haben unsere Steinarbeiter-Kollegen außerordentliche Beherzigung an den Tag gelegt, sonst hätte es dem Bäuerlein schlecht ergehen können. — Wir nehmen nur von diesem Vorgang deshalb Notiz, weil er noch ein Nachspiel zeitigte, das diesen 100-Morgen-Bauer in seiner Glorie zeigt. Er hatte nämlich versucht, den Amtsrichter einzumüllen oder, wie man sagt, zu beeinflussen, damit der Prozeß dem Bauern Genugtuung verschaffe. Er bot dem Amtsrichter vor dem Termin einen — Schweinebraten in gehörigem Ausmaße an. Das Gericht erklarte darin eine beabsichtigte Bestechung und verurteilte den 100-Morgen-Bauer zu — 1 Million Mark Geldstrafe! Diesen Ausgang hatte der Bauer nicht vorausgesehen; es scheint wirklich eine ganz besondere Nummer zu sein. Man vergewaltigte sich: 100-Morgen-Bauer — kann nie genug bekommen für seine landwirtschaftlichen Produkte — Papiergeldauswechsler — gönnt andern Leuten keinen Verdienst — ist stark gegen körperlich schwache Personen — unjagbar feige unter handfesten — ruft das Gericht an wegen eines Vorganges, den er selbst verschuldet — dann versucht er Bestechung des Richters! Für solche Leute hat die deutsche Sprache die richtige Bezeichnung und solche Menschen sind am besten zu kurieren, wenn an ihrem Geldbeutel ein gehöriger Werschlag vorgenommen wird. Wir müssen schon sagen, daß wir uns selten so geizt haben, wie über den Ausgang dieses Prozeßes.

Frensburg. Unsr Quartalsversammlung am 11. April war leidlich besetzt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Abrechnung wurde nicht beanstandet. Der Beitrag wurde nur in keiner Klasse festgelegt. Kritisiert und nicht für richtig gefunden wurde das Erhöhen der Erwerbslosenmarke auf 50 M. und wurde das Verlangen ausgesprochen, bei Erwerbslosigkeit oder Krankheit überhaupt nichts zu zahlen. Es wurden dabei verschiedene Verbände angeführt, die für solche Fälle nur beitragsfreie Marken flehen. Ferner soll der 14. Wochenbeitrag fallen und soll deshalb mit an den Zentralvorstand herangegangen werden, da der 14. Beitrag nur mit Mühe und Not hereinkommt. Nachdem gab der Kartellbelegierte Bericht über die letzten Sitzungen, gleichzeitig wurde ein Eriakmann gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde das Ortsgericht für durchreisende Kollegen, die ausgesteuert sind, auf vorläufig 500 M. festgelegt. Weiter wurden noch einige rein örtliche Angelegenheiten beschlossen. Arbeit ist am Orte keine. Alle Kollegen sind entweder auswärtig oder in andern Berufen tätig. Arbeitslos sind drei, zwei davon sind abgereist. Die Sperre über die Firma Horn, Betrieb in Scheipflitz, besteht noch.

Geilmau. Anfang Februar fand unsr diesjährige Generalversammlung statt. Die Kassengeschäfte wurden in bester Ordnung gefunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Lokalkassenbestand betrug 207 000 M. Durch die Schwierigkeit in der Ortsverwaltung haben die Betriebe Balduinstein und Schaumburg eine neue Zahlstelle gegründet; es wurde diesen Orten von der Zahlstelle Geilmau für die Lokalkasse 37 000 M. überwiesen. Wohl sind wir in der Verwaltung getrennt, doch in allen sonstigen Fragen wollen wir gemeinsam gehen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Das Referat des Vorsitzenden Laß über die wirtschaftliche Lage wurde mit großem Interesse entgegengenommen. Kollege Laß freizete dann noch die Beitragsfrage und bedauerte, daß noch viele Zahlstellen nicht den vollen Stundenlohn abführen, die Zahlstelle Geilmau erhebt reißlos den Stundenlohn und verlangt vom Verbandsvorstande, mit den Zahlstellen rückständiglos vorzugehen, die nicht den Stundenlohn abführen. Wollen wir den wirtschaftlichen Kämpfen gewachsen sein, dann muß die Finanzkraft des Verbandes stark sein. Im Punkt Verschiedenes fand eine rege Aussprache statt.

Gewerkschaftliches. Der Vorstand des DGB. hat am 27. Juli an die Gewerkschaftsmitglieder folgenden Aufruf erlassen: In diesen Tagen, da die Regierungen im Notenaustausch wegen der Lösung des Reparationskonflikts und der Zurücknahme der Ruhrbesetzung stehen, wissen Genasiter der extremen Rechten und Linken nichts andres zu tun, als ihre Kreise zu erhöhter Aktivität aufzurufen, sich gegenseitig den Bürgerkrieg anzukündigen und den gewaltigen Ausbruch der politischen Spannungen durch öffentliche Demonstrationen zu provozieren. So soll der Anti-Faschistentag der Kommunistischen Partei am 29. Juli die Antwort sein auf nationalistiche Kraftproben. Bei diesen Demonstrationen, die erfahrungsgemäß mit Blutvergießen enden, tragen nur die beteiligten Arbeiter ihre Haut zu Markte; denn die, die sie zum Protest aufrufen, haben sich noch stets in Sicherheit zu bringen gewußt. Die allgemeine Not wird durch solche Aktionen nicht behoben, aber unabsehbarer Schaden entsteht daraus für die Bevölkerung und für die Republik. Der Faschismus allein reißt vergeblich gegen die Republik an. Erst dadurch, daß Faschisten und Kommunisten zugleich den Bürgerkrieg entfachen, kann die Republik in Gefahr kommen. Mit dem Faschismus würde die Arbeiterklasse ohne Gewaltanwendung leicht fertig werden, wenn sie einig wäre und mit überlegener Ruhe in geschlossener Disziplin ihre Gegner erwartet.

Der Bundesvorstand hat wiederholt bewiesen, daß er bereit ist, die gesamte Kraft der Gewerkschaften für die Verteidigung der Republik einzusetzen. Er überwacht auch jezt sorgsam die Maßnahmen der Kreise, die auf einen Umsturz hinarbeiten, und wird jederzeit die erforderlichen Abwehraktionen in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsleitungen einleiten. In dieser Abwehr können uns öffentliche Demonstrationen an einzelnen Orten nicht das mindeste nutzen. Sie bieten im Gegenteil den Feinden der Arbeiterschaft wohlfeile Gelegenheiten zu Ausschreitungen, wie sie in Leipzig und Frankfurt a. M. sich ereigneten, die das Ansehen der Gewerkschaften schädigen müssen. Wir ersuchen deshalb die örtlichen Gewerkschaftsleitungen auf das dringendste, in der gegenwärtigen Zeit von öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel Abstand zu nehmen. Auf jeden Fall muß die Beteiligung der Kommunistischen Partei an solchen Kundgebungen zurückgemieden werden, und ebenso ist die Teilnahme an kommunistischen Demonstrationen abzulehnen, da die Erfahrung bewiesen hat, daß die Kommunisten sich weder an Gewerkschaftsdisziplin, noch an Abmachungen halten, sondern mit den Faschisten einig sind in der Absicht, den Kampf um jeden Preis vom Zaun zu brechen.

Wohin der Uebermut von Kommunisten und Faschisten führt, das zeigt uns das Schicksal von Staat und Gewerkschaftsbewegung in Italien.

Deshalb lehnt jede Gemeinschaft mit den Aktionen der Kommunisten ab!
Haltet gewerkschaftliche Disziplin!
Stärkt die Reihen der Gewerkschaften!

Fahrpreiserhöhung und Arbeiterfahrkarten. Die ab 1. August eingetretene Fahrpreiserhöhung auf den deutschen Reichseisenbahnen steigert die ohnehin für Arbeiter unerträglichen Fahrpreise in der 3. und 4. Wagenklasse um weitere 250 v. H. Für Arbeiter, die gezwungen sind, weit vom Wohnort in Arbeit zu treten, bedeutet diese Erhöhung eine unerhörte Verringerung des so niedrigen färglichen Verdienstes. Für Arbeiter- und Wochenfahrkarten wird seither Preisermäßigung nur bis 150 Kilometer Entfernung vom Wohnort gewährt. Liegt der Arbeitsort über diese Entfernung hinaus, dann ist der volle Fahrpreis zu zahlen. Dieser Zustand führt dazu, daß viele Arbeiter es vorziehen, nur monatlich oder in noch viel längeren Zeitabschnitten ihre Familie zu besuchen. Viele Familienväter werden durch die erhöhten Fahrpreise ab 1. August gezwungen, die Beziehungen zur Familie noch mehr als bisher zu lösen. Der chronische Wohnungsmangel verbietet ihnen, am Arbeitsort überhaupt eine Wohnung zu finden, und wenn wirklich ein Glücklich nach Überwindung vieler Schwierigkeiten eine solche gefunden hat, dann scheitert der Wohnungswechsel an den riesigen Umzugskosten.

Es ist daher zu erwarten, daß das Reichsverkehrsministerium mit der neuen, bisher noch nie dagewesenen Tarifierhöhung eine weitere Vergünstigung für Arbeiterfahrkarten einleiten lassen wird. Nichts ist bis heute darüber bekanntgemorden.

Der Vorstand des DGB. hat deshalb die Reichsministerien auf die unsoziale Wirkung der neuen Fahrpreise hingewiesen und eine durchgreifende Vergünstigung für Arbeiterfahrkarten verlangt, die auf alle Entfernungen innerhalb des Reichsbahngebiets auszuwirken ist.

Es wird erwartet, daß die Regierungstellen sich den vorgetragenen Gründen zugänglich erweisen und das Reichsverkehrsministerium dahingehende Bekanntmachungen erläßt.

Lohnsteuer und Geldentwertung. Der Steuerausgleich des Reichstages nahm am 24. Juli eine Anpassung der Ermäßigungsätze bei der Lohnsteuer an die Geldentwertung vor. Eine Vorlage der Regierung wollte die bisherigen Ermäßigungsätze verdreifachen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte die Vierfachung der Sätze. Den sachlichen Darlegungen des sozialdemokratischen Vertreters konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht verschließen. Nach einigem Zögern gab Staatssekretär Dr. Zapf ebenfalls seine Zustimmung zu dem sozialdemo-

kratischen Antrag über die Vierfachung der Sätze, der daraufhin einstimmig angenommen wurde.

Die zulässigen Abzüge betragen demnach vom 1. August ab für das Existenzminimum für Mann und Frau monatlich je 24 000 M., wöchentlich 5760 M., täglich 960 M., stündlich 240 M.;

für jedes Kind monatlich 160 000 M., wöchentlich 38 400 M., täglich 6400 M., stündlich 1600 M.;

für die Werbungskosten monatlich 200 000 M., wöchentlich 48 000 M., täglich 8000 M., stündlich 2000 M.

Das steuerfreie Einkommen beträgt daher monatlich für ein Ehepaar ohne Kinder 2,48 Millionen Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern 5,68 Millionen Mark, für ein Ehepaar mit vier Kindern 8,88 Millionen Mark.

Der Deutsche Baugewerksbund und der Verband der Zimmerer haben zur Stärkung ihres Kampffonds Extrabeiträge beschlossen. Der Baugewerksbund erhebt von der 31. bis 35. Beitragswoche fünf doppelte Beiträge; der Zimmererverband drei doppelte Beiträge für die 31., 35. und 39. Woche.

Im Steinfegerverband findet vom 5. August bis 15. September die Urabstimmung zur Verschmelzung statt. Es soll entschieden werden: Ob zum Baugewerksbund oder Steinarbeiterverband.

Der amtliche Reichsindex der Lebenshaltungskosten zeigte für die Lebenshaltung mit Bekleidung eine Verteuerung gegenüber dem Frieden im Januar 1923: 1120fach, Februar 2643fach, März 2854fach, April 2954fach, Mai 3816fach; das waren Monatsdurchschnitte. Dem folgten nun wöchentliche Ermittlungen:

- 20. Juni: 927fache Steigerung;
- 27. Juni: 11785fache Steigerung;
- 4. Juli: 16180fache Steigerung;
- 11. Juli: 21511fache Steigerung;
- 16. Juli: 28892fache Steigerung;
- 23. Juli: 39336fache Steigerung.

Steigerung vom 16. bis 23. Juli: 36,1 vom Hundert.

Was ist ein Tausendmarkschein? Eine übersichtliche Darstellung der abnehmenden Kaufkraft unserer Mark ist folgende Berechnung des Tausendmarkscheins in Goldpfennigen. Der Tausendmarkschein hatte Wert:

1914	100000 Goldpfennige
1922 Januar	2199
Februar	2019
März	1484
April	1448
Mai	1453
Juni	1393
Juli	933
August	379
September	288
Oktober	183
November	59
Dezember	55
1923 Ende Januar	8
Mitte Juli	2
Ende Juli	0,5

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Verbandsvorstand bringt in Erinnerung:
Jedes Verbandsmitglied, das in irgendeinem Ort Beschäftigung als Steinarbeiter sucht, hat sich immer vorher beim Vorstand der Zahlstelle über die örtlichen Berufsverhältnisse zu erkundigen. In Orten, die keine Verbandsfiliale aufweisen, geschieht die Erkundigung bei den einzelnen Kollegen.
Wer in Orten, die unter „Sperr-, Streit-, Zuzug fernhalten“ aufgeführt sind, ein Arbeitsverhältnis ohne besondere Zustimmung der örtlichen Verbandsmitglieder eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.
Achtung, Kassierer! Vom 6. August, 32. Woche, ab kommen nur noch folgende Beitragsmarken vom Verbands: 6000, 7000, 8000, 9000, 10 000, 11 000, 12 000, 13 000, 14 000, 15 000, 16 000, 17 000, 18 000, 19 000, 20 000, 21 000, 22 000, 23 000, 24 000, 25 000, 26 000, 27 000, 28 000, 29 000, 30 000, 31 000, 32 000, 33 000, 34 000, 35 000, 36 000, 38 000, 40 000, 42 000, 44 000, 47 000, 50 000 M.

Für Lehrlinge können Marken zu 3000 M. verwendet werden. Wird der Stundenlohn von 3000 M. nicht erreicht, so kann für 2 Wochen eine Beitragsmarke zu 3000 M. geklebt werden. Jugendliche Arbeiter und weibliche Mitglieder, die den Stundenlohn von 6000 M. nicht erreichen, können für 2 Wochen eine Beitragsmarke zu 6000 M. kleben.
Von 50 000 M. an steigen die Marken von 5 zu 5000 M.

In der Einsendung der monatlichen Lohnnachweisarten ist eine große Nachlässigkeit eingetreten. Verschiedene Zahlstellen haben schon monatelang nicht berichtet. Wir weisen daher besonders darauf hin, daß es Pflicht jeder

Abb. 41. Sterbeunterstützung. Beim Sterbefall eines Mitgliedes kann der Vorstand den Hinterbliebenen, sofern der Verstorbene mindestens 3 Jahre der Organisation angehört, Unterstützung gewähren und zwar bei einer Mitgliedschaft von:

Beitrag M.	3 Jahren M.	5 Jahren M.	7 Jahren M.	10 Jahren M.
11 000	110 000	165 000	220 000	275 000
12 000	120 000	180 000	240 000	300 000
13 000	130 000	195 000	260 000	325 000
14 000	140 000	210 000	280 000	350 000
15 000	150 000	225 000	300 000	375 000
16 000	160 000	240 000	320 000	400 000
17 000	170 000	255 000	340 000	425 000
18 000	180 000	270 000	360 000	450 000
19 000	190 000	285 000	380 000	475 000
20 000	200 000	300 000	400 000	500 000
21 000	210 000	315 000	420 000	525 000
22 000	220 000	330 000	440 000	550 000
23 000	230 000	345 000	460 000	575 000
24 000	240 000	360 000	480 000	600 000
25 000	250 000	375 000	500 000	625 000
26 000	260 000	390 000	520 000	650 000
27 000	270 000	405 000	540 000	675 000
28 000	280 000	420 000	560 000	7 0 000
29 000	290 000	435 000	580 000	725 000
30 000	300 000	450 000	600 000	750 000
31 000	310 000	465 000	620 000	775 000
32 000	320 000	480 000	640 000	800 000
33 000	330 000	495 000	660 000	825 000
34 000	340 000	510 000	680 000	850 000
35 000	350 000	525 000	700 000	875 000
36 000	360 000	540 000	720 000	900 000
38 000	380 000	570 000	760 000	950 000
40 000	400 000	600 000	800 000	1 000 000
42 000	420 000	630 000	840 000	1 050 000
44 000	440 000	660 000	880 000	1 100 000
47 000	470 000	705 000	940 000	1 175 000
50 000	500 000	750 000	1 000 000	1 250 000

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Bierler Nachtrag zum Statut

vom 1. August 1923.

§ 4. Beiträge.

Abb. 1. Als Beitrag wird ein Stundenlohn erhoben. Von dem Beitrag bleiben in der Lokalkasse 20%. Somit sind 1/5 an die Zentralkasse und 1/5 des Beitrags an die Lokalkasse abzuführen. Von
2000—3000 M. steigen die Beitragsklassen um je 100 M.
3000—5000 " " " " " " " " " " " " " " " " " "
5000—10000 " " " " " " " " " " " " " " " " " "
10000—36000 " " " " " " " " " " " " " " " " " "
36000—44000 " " " " " " " " " " " " " " " " " "
44000—50000 " " " " " " " " " " " " " " " " " "

Rückständige Beiträge werden in der Höhe des laufenden Wochenbeitrages erhoben.

§ 5. Unterstützungen.

Die umstehend aufgeführten Unterstützungsätze kommen erst dann zur Auszahlung, wenn mindestens 6 Wochen in der betreffenden Beitragsklasse gesteuert wurde. Sind jedoch in den letzten 6 Wochen Marken verschiedener Werte geklebt, so wird die Unterstützung nur nach der 6. Beitragsmarke berechnet, die vom Eintritt des Unterstützungsalles an, rückwärts gerechnet, geklebt wurde. Erwerbslosenmarken zählen hierbei nicht mit. Voraussetzung jeglicher Unterstützung ist natürlich die Leistung der im Statut vorgeschriebenen Gesamtbeiträge.

Zahlstellenverwaltung ist, bis spätestens den 4. jeden Monats auf den besonders dazu hergestellten Karten die in der letzten Monatswoche gültig gewesenen Löhne zu berichten.

Rückständige Beiträge sind in der Höhe des laufenden Beitrages zu entrichten! Diese Maßnahme ist erforderlich, weil die Restanten sonst einen Vorzug gegenüber den pünktlichen Beitragszahlern genießen. Dieser Vorzug entfällt dadurch, daß die Restanten, gleich den kapitalistischen Steuerdrückbergern, ihre Beiträge in entwerteter Markt zahlen, während die pünktlichen Zahler den jeweiligen vollen Anteil des Lohnes (1 Stundenlohn) an den Verband abführen.

Table with 2 columns: Woche, Betrag. Shows weekly contribution amounts relative to hourly wage.

Der Restant hätte also in diesem Falle nur 3/4 Stundenlöhne an den Verband abgeführt, während der pünktliche Zahler seinen wirklichen Stundenlohn, also 8 Stundenlöhne, entrichtet hat.

Ehe die Beiträge der Hauptkasse zur Verfügung stehen, ist eine weitere Geldentwertung eingetreten, während die Hauptkasse die an sie gestellten Ansprüche voll befriedigen muß, d. h. nach dem Geldwert des Auszahlungstages.

Ferner werden die Kassierer ersucht, bei den Portoausgaben größere Sparbarkeit walten zu lassen. Es laufen häufig mit einer Postbestellung mehrere Sendungen eines Abenders ein.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

2. Gau, Siegnich. Von Herrn Gewerbemedizinrat Neumann (Breslau) wird uns unterm 14. Juli mitgeteilt, daß sich ein Teil der Kollegen in Strahlen nicht unterziehen ließ.

Wir bitten deshalb insbesondere die Zahlstellenverwaltungen und Betriebsräte oder Öbmannen, auf Zweck und Ziel dieser Untersuchungen hinzuwirken und Aufklärung zu schaffen, sowie auch für anstandsloses Vorgehen zu sorgen.

Hoffentlich genügt dieser kurze Hinweis, für die Zukunft derartigen Beschwerden durch verständnisvolles Verhalten der Kollegen vorzubeugen.

Diese Bekanntmachung mag auch an andern Orten beachtet und befolgt werden. Das fehlt gerade noch, daß die Kollegen den getroffenen Maßnahmen Widerstand entgegensetzen.

Erhöhte Postgebühren ab 1. August

Table listing postage rates for various items like Postkarten, Briefe, Drucksachen, Geschäftspapiere, and Warenproben.

Auch für die übrigen Sendungen wie Päckchen, Pakete, Wertsendungen, für Postanweisungen, Zahlkarten sowie für Einschreibgebühr, Telegraphengebühr, Fernsprechtgebühren usw. sind die Portosätze ganz bedeutend erhöht.

Adressenänderungen.

- List of address changes for various locations: Chemnitz, Meesjen-Zühnde, Braunschweig, Einbeck, Thomasberg, Altleiningen, Eberbach i. B., Hornberg, Lautereden, Hof, Mittach, Jülichaus, Dedmiesbach, Kringsell, Tittling, Fürsteneck, Klaisbach, Oberbachstetten, Koburg, Reitzenhausen, Dübelsheim, Gedar, Gahma, Kraftsdorf.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Wegweiser zur Erzielung werbeständiger Löhne. Ein unentbehrlicher Führer für alle Arbeitnehmer. Von den Arbeitnehmern wird es vielleicht als Mangel empfunden, daß bisher zu wenig praktische Ratschläge für das Verhalten bei Tarifverhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne gegeben wurden.

und leicht verständlicher Weise das gesamte einschlägige Material, das für die praktische Verwirklichung der werbeständigen Löhne zur Zeit dringend benötigt wird.

Den Währungsverfall sowie den Zweck des werbeständigen Lohnes behandelt S. Aufhäuser. Aus seiner Feder stammen auch die Erläuterungen zu der Frage des Grundlohnes, des beweglichen Teuerungsfaktors und der Mehrgewinnsteuer.

Zur Vervollständigung dienen noch die Anträge der Sozialdemokratischen Partei im Reichstage und die dazu gegebene Erklärung der Reichsregierung.

Anzeigen

Bücher - Vorzugsangebot.

Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelauer 24

- List of books for sale with prices: 1. Kommentar zum Betriebsrätegesetz, 2. Betriebsrätegesetz, 3. Was ist ein Betriebsrat, 4. Betriebsrat und Betriebsrat, 5. Betriebsräte im Aufsichtsrat, 6. Der Gesundheitschutz im Betrieb, 7. Wie beurteilt man eine Bilanz?, 8. Was ist eine Bilanz?, 9. Betriebsrätegesetz und Gewerbe- u. Kaufmannsgerichtsbeisitzer.

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode Probebezug überzeugt. F. Giegler, Sieben, Riemerstr. 37.

Arbeits-Hosen

In Qualitäten: Tuchleder, weiß, schwarz, fildergrau, Pilot, Schiffsleinen, Zwirn sowie Sommer-Jacken in verschiedenen Qualitäten liefert zu äußerster Präzision.

Marmorhauer oder Steinmetz

für Bearbeitung von Marmorplatten, Kunstgegenständen, Schreibzeugen usw. von reinem Marmorwerk sofort geliefert.

Granit-Steinbruch

zu Werkstein- oder Pflasterstein-Fabrikation geeignet, wenn auch noch nicht in Betrieb, zu kaufen oder zu pachten gesucht.

Tüchtige Maschinenkleber

für alle deutschen und ausländischen Marmorarten in dauernde Arbeit gesucht.

Tüchtiger Pflastersteinhauer

für Fichtelgebirgsgranit in Afford gesucht nach Köln. Wohnungsverhältnisse vorhanden.

Gestorben.

- List of obituaries: In Reinersreuth am 10. Juni der Granitsteinmetz Dietrich Bachheim, 51 Jahre alt, Magenkrebs. In Adeleben am 29. Juni der Pflastersteinhauer Albert Dencke, 24 Jahre alt, Berufsunfall.

§ 5. Unterstützungen.

Abt. 1. Streifenunterstützung. Alle Streifen und Auspflatterungen werden vom zweiten Tage an unterstützt. Die Höhe der Unterstützung beträgt bei einer Mitgliedsdauer:

Table showing support amounts for different membership durations (6 months to 10 years).

Abt. 9. Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage wird nicht unterstützt. Vom vierten Tage an kann bezogen werden:

Table showing unemployment benefits for different durations (6 weeks to 14 weeks).

Abt. 2. Die Unterstützung für jedes Kind unter 14 Jahren beträgt von der 13. Woche ab pro Tag 1000 Mt.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.